

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Editorial: modernes Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen
jährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Betriebskasse für Arbeit.
Netto 75 Pf. Heimats- und Freizeitzeitung 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsführer: Duisburg, Seitenstraße 17. Preis 50 Pf.
Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abosse-
menbestellungen sind an die Geschäftskasse zu richten.

Allgemeine Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 13.

Duisburg, den 29. März 1919.

20. Jahrgang

Christliche oder sozialistische Weltanschauung

Neben dem wirtschaftlichen und sozialen Mingen dieser Tage tritt ein Moment immer schärfer und stärker in den Vordergrund, nämlich der Kampf um die Weltanschauung. Die christliche, die atheistische Anschauung, das ist der Schlachtruf, unter dem sich die Herrenschaft sammeln. Das gesetzte Mingen der Gegenwart und Zukunft wird an Gewalt und Größe wohl alle Kultuskämpfe frischerer Tage hinter sich lassen. Da heißt es auch für jeden christlichen Gewerkschafter, sich mit den stärksten Waffen Waffen zu wappnen, damit er nicht hilflos den Feinden gegenüberstehen muss. Lautheit und Indifferenz kann keinen zum Verderben. Nur wer ganz gefestigt ist in seinen Anschauungen als christlicher Gewerkschafter, der kann den Sturm der Tage siegreich bestehen. Ein Schlagwort, mit dem die Gegner am meisten hausieren gehen, ist das von der Kulturfeindschaft des Christentums: das Christentum hätte für die Menschheit nichts geleistet, erst die Sozialdemokratie sei die wahre Böllerbefreierin. So lauten die Phrasen, mit denen die Gegner die Ohren benebeln wollen.

„Neben uns und um uns ist eine neue Kultur im Werden“, heißt es in der Broschüre „Sozialdemokratische und christliche Sittenlehre“ (Vollverein M.-Gladbach)

Der Sozialdemokrat E. Kässler schreibt im Jahre 1907: „Neben, es fehle den Arbeitern das „geistige Inneneleben“, die „Anregung“ dazu, es mangelt ihnen „die künstlerischen Kräfte“, dies letztere fehle jede Gelegenheit zu „kulturellen Genüssen“. „Harte Arbeit, keiner Kampf um die Christen, freudloses Leben mit venia Abrechnung — das ist das Dasein der Arbeiter dieser (industriellen) Gegend.“ Kässler konnte die Massen der Glaube und die Hoffnung auf den Zukunftstaat in diesen trostlosen Zuständen aufrechterhalten, aber der neuen Generation ist der Sozialismus kein Glaube, keine Verheißung mehr, keine Hoffnung auf eine recht baldige schöne Zukunft, die an einem großen Tage beginnen werde, sondern ein Ziel der Gegenwart, eine Gegenwartswelt des Kämpfens und Aufbaus.“

Deshalb schlug er vor, einen neuen Kult (religiöse Feier), einen „Kult der Wissenschaft und Kunst“, eine Pflege der Freude an der Naturerkennnis, der „Erkenntnis des Göttlichen“, des „Ewiglen“, „Unsterblichen“ von Partei wegen einzurichten.

Dieser Vorschlag ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Sozialdemokratie ist daran, auf atheistischer Grundlage eine neue Kultur zu schaffen. Hier berührt sie sich mit allen Kreisen des Kulturbereichs, die von denselben Bedürfnissen einer neuen Kultur, nach Weisheit des Innenebens des Geistes im Menschen bestellt sind, die einen nennen es bloß Atheismus, die anderen gebrauchen den noch geleschter Ringenden Namen „Monismus“, und aus der Gemeinsamkeit des Kulturideals die gemeinsame Weltanschauung erweist sich stärker als die Gemeinsamkeit der materiellen Interessen.

Sollen wir nun dem Werden dieser neuen „Kultur des Unglaubens“ untätig zusehen? Haben nicht auch wir das Bedürfnis nach echter Wissenschaft, nach starker Kunst, nach erhabender Schönheit? Nicht der Hinblick auf die Sozialdemokratie soll die Beweise des christlichen Gedankens zur Kulturarbeit anregen, sondern das Kulturbedürfnis der Zeit.

Man wirkt in Kreisen der Sozialdemokratie so oft dem Christentum Kulturfeindschaft vor. Man versteht und beschimpft es als die Religion der „Mitsündigkeit“, des „finsteren Mittelalters“ und wie die schönen Titel aller freien Männer. Man weiß hin darauf, daß frühere christliche Zeiten häßliche Kulturdilettanten gehabt haben.

Aber das ist nicht der Kernpunkt der Frage. Der Kernpunkt ist vielmehr: Ist auch unter den Verhältnissen des modernen Lebens das Christentum noch eine kulturstiftende Kraft? Wohnt in ihm noch die geistige Kraft heute in unserer modernen Menschheit, Innenkultur zu schaffen, wahre, eigne, große Kultur des Geistes und des Herzens? Wirkt es in sich Elemente, welche einer wahren neuen Kultur etwas Unentbehrliches sind? Hat es den modernen Städtern, dem Großindustriellen, dem Großkaufmann, dem Arbeiter von heute etwas zu geben, zu bieten? Hat es in dem wildvogelnden Kampfe der modernen Zeit noch eine Aufgabe vielleicht eine große Aufgabe zu erfüllen? Kann es der werdenden Kultur des Unglaubens vielleicht eine gehobere, edlere, stärkere Kultur des Glaubens entgegenstellen, der Kultur, die sich auf den seitigen Verstehen, auf wechselseitige Anerkennung und Liebe stützt?

Ja, das kann es! Das kann es in Kraft der Wahrheit, der Gnade, die dem Menschen eine übernatürliche Stärke hinausragt; das kann es in Kraft jenes Ethos, jenes Ausdrucks des Willens, der aus christlicher Begeisterung hervorgeht.

Auch unserer Zeit beantwortet nicht die „Wissenschaft“ die großen Fragen des „Woher“, „Wohin“, „Wozu“. Hat nicht Gottes Wahrzeichen es ausdrücklich gefragt? „Glaube an ein überwundliches Etwas“ Frei gegenüber einer unbekannten Zukunft, Dienst in der Weltbewegung, ohne daß wir ihre Leitung, ihren Sinn, ihre treibende Kraft und ihren Wert verstehen.“ Also auf die brennenden Fragen nach dem Woher und Wozu weiß die Wissenschaft keine Antwort. Sie weiß kein großes, reichen Menschenleben, dem gewaltigen Ringen und Streben der lebendigen, geistigen Kraft, dem gigantischen Kämpfen des neuen Standes keinen vernünftigen Sinn

unterzulegen. Weiß sie damit nicht von selbst den Menschen, den fragenden, zwielnden, ringenden Menschen wiederum an die Religion, an die wichtigen Antworten des Christentums? Weiß sie ihn nicht heraus über das armeslige Flei und es krischen Zukunftsstaaten nicht hin auf den Glauben an den ewigen, dreieinigen Gott, auf die Hoffnung einer ewigen Zukunft, auf den Dienst — nicht bloß in der Weltbewegung, sondern auf den Dienst dessen, der die Weltbewegung schuf und bestimmte zur Teilnahme an seine Herrlichkeit? Der dem Menschen die Aufgabe gab: „Er soll Herr sein!“ Die Antwort des Sozialdemokraten ist die Antwort eines Lebens- und Kulturmordes, die Antwort des Christen ist die Antwort des frohen, Leben und Kultur Beschaffenden. Da, wo der Sozialdemokrat holt macht, sieht auch hier das Christentum ein.

Eine wehafte große Kultur kann nur herbartwachsen aus dem freudigen Zusammenwirken und Zusammenschaffen Freuden und Wollenden; derselben, die das Ganze erkennen und den Fortschritt in der Harmonie, im Ausgleich des Ganzen stellen. Das kann aber bloß die rechte, wahre Herrlichkeit; das kann bloß derselbe, der das Ziel in sich selber in seiner Gestalt hat: der ein christlicher Herrnenmensch ist, ganz gleich, ob er nun den katholischen Schneiderlitter des Herrn am Helm trägt oder die Bluse des Arbeiters.

Was hat das Kulturprogramm des dominikanischen Mannes gezeigt? Herrnmenschen der Arbeit, gekrönt; aber zugleich auch Herrnmenschen der rücksichtslosen Selbstsucht, der schrankenlosen Genußsucht, der Herrschbegierde; dieses Herrnmensthum steht auch den sozialdemokratischen Führern und Platinatoren in den Knochen; nicht umsonst berufen sie sich auf Meische als ihren Propheten.

Und diese Herrnmenschen, welche keine höheren Ideale kennen, verarmen dann in lächerlichster Weise an ihrer Seele, an ihrem inneren Leben. Echte, wahre Freude des Lebens ist ihnen fremd. Sie oder ihre Nachkommen müssen dann entarten, verschlanken.

Was zeigte das Kulturideal der Sozialdemokratie? Revolutionäre, die sich durch Klassenkampf über die Seele ihrer Seele. Über die Willkürhandlung ihres besseren Teiles hinwegzutun und sich dann ein fröhliches Kulturstück extrahieren, das or sich schon eine geschehe Selbstauskunft ist, das aber auf dem Wege des Klassenkampfes am allervergänglichsten verloren geht werden kann. Ist es doch schon ein Widerspruch in sich, die Seele des Menschen zu leugnen und dann nach Gütern für dieses verleugnete bessere Selbst auszuschauen!

Und wo die Sozialdemokratie ans Ruder kommt, zeigt sie auch gar nicht die Kraft, so viele Kräfte zu entwickeln, die notwendig wären, um die niederen Instinkte zurückzudrängen. Die Monate der Revolution sind ein scheinbares Beispiel dafür. Das liegt darin begründet, daß der Sozialdemokratismus in seiner Art eine folgerichtige Durchführung rein materialistischer Prinzipien ist. Wer eben eine Welt nur aus der Materie aufbauen will, wer die seelischen Kräfte nicht anerkennt will, wer gegen jede positive Religion eine feindselige Haltung einnimmt, wie das der Sozialismus tut, der muß sich eben nicht wundern, wenn eine solche radikale Saat aufgeht. Aus dem gleichen materialistischen Grundprinzip, aus dem der Sozialismus hervorgeht, kommt auch etwas anderes, nämlich der Monomonalismus, der ebenfalls alles Neuerwerbts für Leugnet und nur die Materie als das höchste Glück anpreist.

Die Sozialdemokratie stellt alles einseitig ein. Daher steht auch eine sogenannte große Forderung nach „Brüderlichkeit und Völkerverbindung“ aus Klassenkampf und Klassenkampf her vor und bedeutet im letzten Grunde nichts anderes, als Knechtung Unterdenkender. Eine wahre Gewissensfreiheit hat der Sozialismus nicht gebracht. Das beweist am schlagendsten England, wo sich die Ideen des Sozialismus am „vollkommenen“ auswirken.

Dort haben die Erfsozialisten Berlin und Dresden die Pressefreiheit vollständig abgeschafft und dem ganzen Nordrheinland ihren Willen und ihre Meinung aufzuzwingen versucht. Wer nicht mitmachte, flog ins Gefängnis oder bekam eine Kugel. Der russische Sozialist Maxim Gorki schreibt über diese Zustände:

„Den alten Revolutionär Burzow, einen Mann, der der Monarchie so viele Schläge versetzt hat, im Gefängnis schmachten zu lassen, weil er sich in der Rolle eines Desinfectors der politischen Parteien gefällt — ist eine Schande für die Revolution. So erbärmliche Menschen wie Kartashow, so begnadete Schreiter wie Bernatow und so hervorragende Kulturträger wie Kondakov, dem seine Arbeiter so viel Gutes zu verdanken haben, im Gefängnis schmachten lassen — ist eine Schande für die Revolution.“

So sieht in Wahrheit sozialistische „Verbrüderung“ aus.

Das Christentum gibt den Worten „Brüderlichkeit und Völkerverbindung“ nicht den Sinn des Klassifikations und des gewaltlosen Umsturzes nach den sozialistischen Überlieferungen der französischen Revolution, — sondern vielmehr den Geist und Sinn der Nächstenliebe, sowie Friedlichkeit, Überbrückung und Milderung der Klasse entgegen, und verweist die ganze soziale Entwicklung unserer Tage auf den Weg der ordnungsmäßigen Gesetzgebung, und der vorsichtigen gefestigten Bildung der bestehenden Ordnung. Die Sozialdemokratie kann auf dem Boden einer durch das Christentum bereiteten Kultur überhaupt nicht wachsen. Die christliche Demokratie wächst aus dem antichristlichen Materialismus her vor. Es gibt kein sozialistisches Christentum.

sondern nur ein soziales Christentum. Wir wollen den gegenwärtigen Machthabern also nicht unsere christlichen Grundsätze opfern. — wir wollen ihnen nur erklären praktisch in der Aufrechterhaltung von Recht, Sitts und Ordnung und nicht zuletzt auch in der Bekämpfung des Materialismus behilflich sein, so lange sie nicht selber eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihren und unseren Lebens- und Daseins-Bedingungen herstellen. In diesem Sinne halten wir fest an der christlichen Demokratie und lassen sie uns von niemandem verwässern und verwirren. In diesem Sinne halten wir auch fest an der Gewissensfreiheit, der Grundlage einer starken wahren Demokratie. Im Kampfe der Gelster, der entbrannt ist, darf es keine Dämonen und Gleichgültigen geben. Jeder christliche Mann muß wissen, wo sein Platz ist. Und dieser ist nur in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und für die christlich-national denkenden Metallarbeiter nur im christlichen Metallarbeiterverband.

Tarifabschluß für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinlands und Westfalens

Der Arbeitgeberverband von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken hat mit dem Christlichen Metallarbeiterverband und anderen gewerkschaftlichen Organisationen einen Tarifvertrag abgeschlossen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter der dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Werke regelt. Neben der Festlegung der regelmäßigen Arbeitszeit, Regelung des Überstundentarifs, Bezahlung für Über- und Sonntagsarbeit, Auszahlung des Arbeitslohnes, Regelung von Streitigkeiten, die aus den Vertragsbestimmungen entstehen, sind die Arbeiter in verschiedene Lohnstufen eingeteilt

Gruppe 1. Gelehrte Handwerker: Schlosser, Schmiede, Dreher, Maurer, Monteur, Mechaniker, Uhrmacher, Elche, Installatoren. Stundenlohn Mark 1,95 bis 2,25.

Gruppe 2. Angelernte Arbeiter für verantwortliche Dienststellungen: Kesselführer, Heizer, Maschinisten, Schaltwärter, Schleifer. Stundenlohn 1,85 bis 2,15.

Gruppe 3. Angelernte Arbeiter: Hilfsfresser, Hilfsheizer, Hilfsmaschinisten, Hilfsmonture, Hilfsmontateure, Hilfschreiber, Kohlenförderer, Wagenfahret, Kesselreiniger. Stundenlohn 1,50 bis 1,70 Mark.

Gruppe 4. Angelernte Arbeiter: Stundenlohn 1,50 bis 1,70 Mark.

Jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren erhalten pro Jahr Unterschiedtarif Mark 1.— weniger je Arbeitstag, wie die festgesetzten Lohnsätze, also unter 20 J. Mark 1.— weniger, unter 19 Jahren Mark 2.— weniger, unter 18 Jahren nach besonderer Vereinbarung.

Die vorstehenden Lohnsätze gelten für die Servitklassen II für die Servitklasse I sind die Lohnsätze 10 Prozent niedriger, als in Servitklasse II, für Servitklasse III um 10 Prozent niedriger als in Servitklasse II, und für Servitklasse IV um 10 Prozent niedriger als in Servitklasse III.

Diese Servitklasseneinteilung mußte mit Rücksicht auf die verschiedenen Lebensverhältnisse, Leistung usw. eingeführt werden. Die endgültige Einführung in die Servitklasse unterliegt der Vereinbarung zwischen den örtlichen Führern der Gewerkschaften und den Werkleitungen.

Für außergewöhnliche und besonders schwierige Arbeiten sind 25 Prozent Zuschlag zu den Löhnen vorgesehen. Bei Säuberungsarbeiten, die nachts oder Sonntags stattfinden, zu welchem Zweck die Arbeiter aus der Ruhezeit herausgerufen werden, sollen mindestens 3 Stunden in Rechnung gebracht werden. Wo bereits bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, als sie in dem Tarifvertrag vorgesehen sind, darf eine Verschlechterung nicht eintreten.

Berufskollegen! Es ist zum erstenmal gelungen, für diese Werke einen Tarifvertrag abzuschließen, der für eine ganze Reihe von Privat-, gemeindlichen und städtischen Werken Geltung hat. Bis jetzt fallen 60—80 Werke unter diesen Vertrag und bringt dieser Vertrag für sehr viele Arbeiter bedeutende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Eine ganze Reihe Werke sind im Begriff, sich dem Arbeitgeberverband von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken anzuschließen, sodass dadurch der Geltungsbereich des Tarifvertrages bedeutend erweitert wird. An den Arbeitern dieser Werke liegt es aber jetzt, sich auf dem Boden dieses Vertrages zu stellen und dafür Sorge zu tragen, daß die Vertragsbestimmungen auch überall durchgeführt werden. Ohne engen Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen wird dieses Ziel aber nicht erreicht werden, daher muß jeder organisierte Kollege dafür Sorge tragen, daß die nichtorganisierten Arbeiter unsern Vertrag ausgeführt werden.

Zur Bewegung unter den Bechenmetallarbeitern

In der vorigen Woche berichteten wir bereits über die Verhandlungen der Vertreter der Metallarbeiterverbände mit dem Bechenverband, die im Hefte der Vertreter des Bergarbeiterverbands stattfanden. Wir fragten es uns, auf besondere Einzelheiten der Verhandlungen einzugehen. Die Verhandlungen mußten von den Organisationsexponenten der Metallarbeiterverbände als abgebrochen bzw. gescheitert betrachtet werden, da die Bechenvertreter nach mehrstündigem Verhandlung einstimmig eine Angebotsmacht, das nicht als verbindlich von den Metallarbeitervertretern anerkannt werden konnte, da es von den gestellten Forderungen teils erheblich abwich und Lohnschwankungen zuließ, die einfach nicht absehbar werden konnten.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter versendet nun an die Tagespresse des Ruhrgebietes über alle am 14. März stattgefundenen Verhandlungen einen Bericht, der direkte Unwahrheiten enthält, die Vertreter der Metallarbeiter ins Unrecht zu setzen versucht und die Bergarbeiterverbände als die alleinigen Hüter der Interessen der Bechenmetallarbeiter hinstellt.

In dem Artikel kommt der Gewerbeverein auf Einzelheiten der Verhandlungen zu sprechen, behauptet, "nach Abbruch der Verhandlungen seien die Verhandlungen über die Lohnforderungen seitens der Bergarbeiterverbände weitergeführt worden" und seitens die Bergarbeiterverbände gewesen, die am 14. März für die Bechenhandwerker und die gesamten Tagesarbeiter erhebliche Lohn erhöhungen herausgeholt hätten:

In einer geradezu unerhöhten Rücksichtnahme wird dann endlich gesagt:

"Wäre es nach dem Willen der Vertreter der Metallarbeiterverbände gegangen, dann hätten die Bechenmetallarbeiter nichts erreicht."

Diese Art der Behandlung der Lohnbewegung der Bechenmetallarbeiter zwingt uns nun doch, mit unserer bisherigen Auffassung - gegenüber den wiederholten Neuerungen des Gewerbevereins bzw. des "Bergkappens" zu brechen. Sowohl in Nr. 8, Nr. 11 wie Nr. 12 des "Bergkappens" wie auch in einem neuerdings vom christlichen Gewerbeverein herausgegebenen Flugblatt wird öffentlich gegen die "Metallarbeiterverbände" wobei unser christlicher Metallarbeiterverband einzigmal besonders genannt wird, in unfairer Weise gekämpft. Wir gehen auf die Einzelheiten absichtlich nicht ein, sagen vielmehr das eine: Die auf den Bechen beschäftigten Metallarbeiter werden nun einmal nicht ihre Vertretung in den Bergarbeiterverbänden finden und erkennen sie auch nicht darin. Damit muß sich auch der Gewerbeverein abfinden. Es muß nur sonderbar an, daß von den Bergarbeiterverbänden es gerade der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ist, der immer namens der Bergarbeiterverbände in Sachen der Bechenmetallarbeiter die Streitigkeit schwingt, während der alte Verband sich längst auf folgenden Standpunkt gestellt hat:

"Die Lohnverhältnisse der auf den Bechen beschäftigten Handwerker werden durch die zuständigen Berufssorganisationen in besonderen Verhandlungen mit dem Bechenverband geregelt. Die Regelung aller sonstiger Interessenfragen der Handwerker wird dem Bergarbeiterverband übertragen."

Die zahlreichen Flugänge seitens der Bechenmetallarbeiter zu allen unseren Ortsverwaltungen des Ruhrgebietes ist der beste Beweis, wo die auf den Bechen beschäftigten christlichen Metallarbeiter ihre Interessen vertreten wissen wollen. Und legten Endes entscheiden sa auch die Bechenmetallarbeiter selbst darüber, zu welchem Berufsverband sie gehören wollen, und diese Entscheidung ist schon zu Gunsten der Metallarbeiterverbände gefallen, denen sich die fraglichen Arbeiter auch zweifellos noch viel restloser anschließen werden. Es ist nur im Interesse der bekannten christlichen Gewerkschaftsbewegung zu bedauern, daß seitens des Gewerbevereins nicht einzelnen wird, wohl der von ihm in der Presse, in Konferenzen und Flugblättern beliebte Kampf letzten Endes führt.

In den am 14. März beim Bechenverband geführten Verhandlungen wurde gerade seitens der Bergarbeitervertreter erklärt und gegeben, daß über die verschiedenen Ausführungen in den Verhandlungen noch augen nichts verlaubt werden möchte, dem auch allzeitig zugestimmt wurde. Unser Bericht in der vorigen Nummer ist auch von diesem Gedanken ausgegangen. Anders der am die Presse gefundene Artikel des Gewerbevereins, der behauptet, daß die Bergarbeiterverbände das von den Bechenbesitzern den Metallarbeiterverbänden gemachte Angebot, das als "besonders Bugeständnis" und "erhöhte Lohn erhöhung" bezeichnet wird, höchst hoffen. Höher geht's nicht! Diese Behauptung zwingt denn doch zu folgenden Feststellungen aus den Verhandlungen:

1. Die ganzen Verhandlungen und Begründungen über die Forderungen der Metallarbeiter wurden nur von den Vertretern der Metallarbeiterverbände geführt. Allen Einwänden der Bechenbesitzer wurde nur von den Metallarbeitervertretern begegnet. Die während der Verhandlungen wiederholten Erörterungen sozialer Art blieben ebenfalls den Metallarbeiterverbänden überlassen und könnten auch nur von diesen geführt werden.

2. Von keiner Vertreter der Bergarbeiterverbände ist die Forderung der Metallarbeiter irgendwie unterstützt worden, sondern man hat sich dazu völlig ausgeschwiegen. Nur eine Bemerkung in dem Artikel des Gewerbevereins trifft allerdings zu, daß "den Forderungen von den Bergarbeiterverbänden nicht widersprochen wurde". Hier widersprechen bedeutet aber noch lange nicht, auch unterschieden.

3. Nachdem die Erörterungen bereits 1½ Stunden gebraucht hatten, fragte endlich der Vorsitzende auch die Vertreter der Bergarbeiterverbände: So, wie sehen denn eigentlich die Bechenarbeitervertreter zu den

Forderungen der Metallarbeiter? Glauben Sie nicht, daß bei Billigung der Forderungen die Bergarbeiter auch wieder kommen werden mit neuen Forderungen? Die letzte Frage wurde bejaht; bezüglich der ersten Frage wurde den Forderungen der Metallarbeiter "nicht widersprochen".

4. Unmittelbar bevor sich die Bechenvertreter zur besonderen Beratung zusammengesetzt, wurde von einem Vertreter der Bergarbeiter die sonderbare Unregung gegeben, ob die ganze Angelegenheit nicht noch einmal vertagt werden könnte, damit mit den Ausschusmitgliedern unter Hinzuziehung von Vertretern der Handwerker auf den einzelnen Schachtanlagen noch einmal verhandelt werden könnte. Diesem Vorschlag wurde auf das allerentchiedenste widersprochen, da es eine glatte Verschiebung der Angelegenheit bedeutete.

5. Das "Bugeständnis" der Bechen war schon nach der ersten Beratung gemacht, noch bevor die Metallarbeiterverbände dazu wieder ihre Gegenvorschläge gestellt hatten. Als diese Gegenvorschläge dann nach der zweiten Sonderberatung der Bechenvertreter abgelehnt wurden, erklärte der Vorsitzende, daß sie bei ihrem Vorschlag aber, wie der Gewerbeverein schreibt, "Bugeständnis" hätten müssen und nicht weiter gehen könnten.

6. Eine weitere Verhandlung über die Ausage der Bechen mit den Bergarbeitervertretern ist dann nicht mehr erfolgt, denn der Vorsitzende erklärte ausdrücklich: So, nun haben wir mit den Bergarbeitervertretern noch einige besondere Fragen zu besprechen.

Was diesen Tatsachen mag schwer ermessen, was die Behauptungen in dem angezogenen Artikel auf sich haben. Es ist einerseits eine offenkundige Verleumdung, wenn behauptet wird, "daß, wenn es nach dem Willen der Vertreter der Metallarbeiterverbände gegangen, nichts erreicht worden wäre", und andererseits eine grobe Unwahrheit und prekärer Vorbehalt, wenn weiter gesagt wird, "die Bergarbeiterverbände hätten die erhebliche Lohn erhöhung herausgeholt", die schon nach den ersten Beratungen den Vertretern der Metallarbeiterverbände zugetragen waren.

Eine weitere Konferenz der Bechenmetallarbeiter des Ruhrgebiets

fand am Samstag, den 23. März, vormittags in Essen im Städtischen Saalbau statt, die zu dem gegenwärtigen Stand der Bewegung unter den Bechenmetallarbeitern Stellung nahm. Aus den eingehenden Berichten wurde über die schon stattgefundenen eingehenden Verhandlungen und die teilweise erzielten Ergebnisse berichtet. Im ganzen konnten die Ergebnisse nicht als befriedigend anerkannt werden und wurde dringend erwartet, daß bei den weiteren Verhandlungen Ergebnisse erzielt würden, die den aufgestellten Forderungen entsprechen. Besonders wurde wieder über die großen Unterschiede in der Lohnhöhe der gleichartigen Handwerker gesagt und die Forderung nach feststehenden Lohnsätzen für alle Schichten erhoben.

Gegen ein in den letzten Tagen verbreitetes Flugblatt des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter wurde ebenfalls wiederholt scharf protestiert.

Nachfolgende Entschließungen gelangten einstimmig zur Annahme:

"Die heute, am 23. März 1919, in Essen stattfindende Konferenz der gesamten Bechenmetallarbeiter über und unter Tage des Ruhrhöfenbezirks, nimmt Kenntnis von den am 14. März stattgehabten Verhandlungen der Metallarbeiterverbände mit dem Bechenverband. Die 450 Delegierten, die 130 Schachtanlagen vertreten, erklären, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen nicht befriedigt. Die Delegierten halten nach wie vor an den ursprünglichen Forderungen bzw. an den von den Vertretern der Metallarbeiterverbände abgedachten Vorschlägen fest. Sie beauftragen die Kollegen der einzelnen Bechen, dort, wo es noch nicht geschehen, ungejährt vorzeitig zu werden, um die Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Herner werden die Metallarbeiterverbände und der Heizer- und Maschinenverband beauftragt, unverzüglich Schritte zu unternehmen, daß bei der zukünftigen Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse und Bechentrete die Bechenhandwerker in der ihnen gebührenden Weise berücksichtigt werden.

Dann sind die Delegierten einstimmig der Ansicht, daß die Interessenvertretung der gesamten Metallarbeiter nur allein ihren Berufssorganisationen zusteht. Sie beauftragen die in Sege kommenden Verbände, alles Notwendige zu unternehmen, um für die Zukunft eine andere Verhandlungsbasis zu bekommen."

Die am 23. März im Städtischen Saalbau zu Essen tagende Bechenarbeiterkonferenz weiß mit Berichtigung die in dem Flugblatt des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter "Betragene und Beträger" enthaltenen Unterstellungen und Beschimpfungen der Metallarbeiter zurück. Die Bechenhandwerker bzw. Bechenmetallarbeiter erwidern häufig noch mehr wie bisher nur in ihren Berufsverbänden und nicht in den Bergarbeiterverbänden ihre geeignete und entschiedene Interessenvertretung. Die Delegierten der Konferenz beauftragen die Organisationsleistungen ihrer Berufsverbände, nach wie vor ihre Interessen zu vertreten, und weiter dahin zu wirken, daß die Lohnverhältnisse der Bechenmetallarbeiter für das Recht der einzelnen geregelt werden. Von allen auf den Bechen beschäftigten Metallarbeitern erwartet die Konferenz den halbigen Einsatz an ihre Berufssorganisationen."

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Gelehrte haben die großen Arbeitgeberverbände und gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen am 15. November 1918 die "Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" gegründet. Die Geschäftsstelle dieser Arbeitsgemeinschaft befindet sich in Berlin SSB. 11, Alsatianer Platz 4. Die Vereinbarungen vom 15. November 1918, die die großen Arbeitgeberverbände mit den Gege-

bten der Arbeitnehmer getroffen haben, sind sehr weit gehend und bei den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften als bekannt vorzusagen, da sie im "Centralblatt" und in den Verbandsorganen der christlichen Gewerkschaften abgedruckt worden sind.

In der Sitzung des provisorischen Centralvorstandes der Arbeitsgemeinschaft vom 4. Dezember 1918 wurde eine vorläufige Satzung beschlossen, die allerdings noch angefochten und sicherlich in manchen Punkten geändert werden wird, nach der die Organe der Arbeitsgemeinschaft sind:

1. Der Centralvorstand und der Centralausschuß.
2. Die Fachgruppen mit Gruppenvorstand und Gruppenausschuß.
3. Die Untergruppen mit Untergruppenvorstand und Untergruppenausschuß.

Sämtliche Organe werden paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet, die beiderseits in gesetzter Abstimmung gewählt werden sollen. Die Vorsitzenden sind aus der Reihe der Mitglieder der Organe zu wählen. Der Vorsitz bleibt der Einigung innerhalb jedes Organes vorbehalten. Für jeden selbständigen Industrie- und Gewerbezweig kann eine Fachgruppe gebildet werden. Ihre Aufgabe besteht in der selbständigen Regelung der Sonderfachlichkeit bzw. betrieblicher oder örtlicher Grundlage Untergruppen gebildet werden. Die Untergruppe ist die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des industriellen oder gewerblichen Sonderzweiges bzw. des örtlich abgegrenzten Industriegebiets. Ihre Aufgabe besteht in der selbständigen Regelung der Sonderfachlichkeit bzw. betrieblicher Fragen unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Centralvorstandes, des Centralausschusses und der zentralen Fachgruppe. Die Organe der Fachgruppen und Untergruppen werden durch die beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt, wobei für eine Vertretung der Minderheit Sorge zu tragen ist. Die Arbeitsgemeinschaft ist nun sofort zwangs Regelung der besonders durch die beschleunigte Demobilisierung auftauchenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen zur Bildung von provvisorischen Fachgruppen und Untergruppen geschritten. Die Arbeitgebervertreter werden zunächst von den zuständigen Arbeitgeberverbänden ernannt, die Vertreter der Arbeitnehmer in der Fachgruppe oder Untergruppe von den jeweils in Frage kommenden gewerkschaftlichen Fachverbänden. Bislang sind gebildet bzw. in der Bildung bearbeitet, folgende Fachgruppen, die sich teils auch als "Arbeitsgemeinschaften" oder "Arbeitskammern" bezeichnen:

- Fachgruppe für Erzabbaus und Eisenkonstruktion,
- Bauingenieurwesen,
 - Braunkohlenindustrie,
 - Chemie,
 - Elektrotechnik mit sieben Untergruppen,
 - Eisen- und Stahlverarbeitung,
 - Erzbergbau,
 - Fahrzeugindustrie mit 5 Untergruppen,
 - Glasindustrie,
 - Gießereien,
 - Heizungsindustrie,
 - Kaliindustrie,
 - Kaufschiffbau,
 - Keramik,
 - Kleinessenwaren,
 - Metallsäiten,
 - Maschinenbau mit 18 Untergruppen,
 - Transportgewerbe mit 8 Untergruppen,
 - Schuhindustrie,
 - Holzindustrie.

Die Fachgruppen haben nicht nur die Aufgabe, die solidarischen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Industrie oder des Gewerbezweiges, die sie vertreten, wahrzunehmen, sondern sich auch mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen bzw. mit dem Abschluß von Kollektivverträgen zu beschäftigen. Einzelne Fachgruppen haben besonders nach dieser Richtung hin schon ganz gut gewirkt, andere dagegen sind nach der Lage der Sache in engerer Verbindung mit dem Demobilisierungamt bestrebt, den allgemeinen Fragen des betreffenden Industrie bzw. Gewerbezweiges vorerst nachzugeben.

Die weitere Bildung von Fachgruppen geschieht leider noch nicht in dem gewünschten Tempo vor sich. Die Unternehmer haben in ihren Reihen, besonders in den schlecht organisierten und dezentralisierten Industrien und Gewerben, des öfteren einen schweren Stand, ihre Kollegen zu bestimmen, der der Arbeitsgemeinschaft zugrunde liegt, zu lehren. Seitens der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter werden selbstverständlich seinerlei Schwierigkeiten gemacht, nur das noch immer große Meer der unorganisierten und die syndikalisch-bolschewistischen Kreise wirkt natürlich auch hier wieder hemmend bei der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Die großen Arbeitgeberverbände zeigen aber unfehlbar das reelle Bestreben, in den Kreisen der Unternehmer die Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften zum Durchbruch zu bringen.

Unsangs Februar fand in Zeno eine Tagung der großen Industrieverbände der Unternehmer statt. Hier wurde die Gründung des "Reichsverbands der Industrie" vollzogen. Nach den Mitteilungen, die Direktor Krämer in einer Kundgebung des "deutschen Wirtschaftsrings" in Berlin am 8. Februar machte, sei die Stimme des Unternehmertums dahin zum Ausdruck gekommen, daß allein bei der organisierten Arbeiterschaft das Recht zu suchen sei und nicht bei den Behörden. Die Unternehmer stellen sich jetzt geschlossen auf der Seite der Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften und hoffen, so das wirtschaftliche Leben wieder in Gang bringen zu können. Die Ausführungen des Direktor Krämer werden auch durch die Resolution, die die Unternehmervertreter in Zeno, nach vorhergehendem hartem Meinungskampf, schließlich einstimmig annehmen, bestätigt; sie stellt sich voll und ganz auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft, die sowohl die Führung der sozialen wie auch der wirtschaftlichen Fragen der Industrie und des einzelnen Gewerbe in die Hand nehmen soll.

Den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer ist es natürlich angenehmer, wenn eine freiwillige Zusammenarbeit der Unternehmen mit den Arbeitern zur Tat wird. Jedoch ist die freiwillige Zusammenarbeit einer lebhaft gewangswise, durch Gesetz oder Verordnung geregelten, vorguziehen. An den Unternehmen liegt es, die weitere Bildung von Fachgruppen beschleunigt zu fördern, um im neuen Deutschland bald wieder ein geregeltes Wirtschaftsleben aufzubauen und dieses möglichst vor weiteren Erschütterungen zu bewahren. Die christlichen Gewerkschaften wollen allen Ernstes, wie bisher, so auch in Zukunft hieran mitwirken.

H. B.

Dem Untergang entgegen

Russland, das Land der extrem sozialistischen Experimente, bricht mit furchtbarem Geschwindigkeit dem Abgrund zu. Der bolschewistische Staat hat alles unter seine "Fittiche" genommen, er hat die Industrie, den Handel und das Gewerbe, kurz alles verstaatlicht. Der Staat sieht sowohl die Bezugspreise für die Rohstoffe als auch die Verkaufspreise der Fabrik für ihre Erzeugnisse fest. Genauso übernahm er die Verteilung der Produktion an den Konsum unter Berechnung hoher Aufschluss, als Etat für die versagenden bisherigen Steuerquellen. Da der Staat — durch die allgemeinen und örtlichen Sowjets — auch die Löhne bestimmte, bedeutete die gesetzliche Pflicht der bisherigen Besitzer die Unternehmungen weiter zu finanzieren, in der Praxis nichts anderes als eine langsam aber sicher wirkende Vermögenskonfiskation mit der Nachwirkung, daß das entkapiitalisierte Unternehmen binnen kürzester Frist staatlich unterstaute Bevölkerungsanstalt für Beschäftigungslose wurde. Die neue Regelung der Fabrikleitung führte zu ununterbrochenen Bohnerhöhungen, und diese wiederum zu steigenden Produktionsverzweigungen. Die geradezu grotesken Kosten der staatlichen Regelung der Produktion und der Güterverteilung steigerten sich ins Phantastische. Der Bahnhofsmann, der schon im Kriege gefertigt hat, töte ich jetzt erst recht aus. Die Individualisten und die Gesamtarbeitsleistung gingen überall rapide zurück. Der Rückgang betrug bis September 1918 circa 70 Prozent, die Qualitätsverschlechterung außerdem 85 Prozent. Die Unternehmungen mußten schließen. Die Arbeiter flügeln zu Tausenden aufs Pfaster.

Aus einer amtlichen, bis Ende Juli reichenden, von der russischen Sowjetregierung veröffentlichten Statistik waren z. B. folgende Ziffern über die Stilllegung der Betriebe und der dadurch arbeitslos gewordenen Arbeiter festgestellt:

1918	Bahl der stillgelegten Betriebe	Bahl der Arbeiter
März	74	6 844
April	55	2 816
Mai	108	8 701
Juni	125	8 755
Juli	208	47 754

Bis Mitte Oktober waren schon 1000 Unternehmungen stillgelegt und 300 000 bis 400 000 Arbeiter arbeitslos. (Russo-Sowjet vom 19. Oktober 1918, nach Südd. Zeit. vom 25. November 1918.)

Einfäng Arbeiter hatten sich die Räume im bolschewistischen Zustand im Russland für die Arbeit und die Arbeit weiter derart verschlammert, daß die Vollkommissare sich selbst verantworten sahen, eine Ausstellung von Tabellen und Ziffern zu veranstalten, die den Zusammenbruch der Arbeit statistisch warnend dachten sollte.

Die finanziellen Folgen lagen überall klar zu Tage. So lange noch bei den Unternehmungen Privatkapital vorhanden war, das Defizit zu decken, diente der Zwang zur Deckung des Defizits der gewollten "Proletarisierung des Bürgertums". Das Kapitalschaud war von den Bolschewiken im vollem Umfang angestrebt. Darum ist auch nur in wenigen Fällen noch Kapital vorhanden. Der Staat finanziert eben die Unternehmungen selbst. Schon am 25. Juni veröffentlichte Sarja Rossija folgende interessante Daten über die Lage der Ural-Industrie: Der reiche Bogoslaw-Bezirk (im Ural) war seinerzeit montiert, um monatlich 250 000 Rubel Eisen zu liefern. Ende Juni arbeitete er nur noch 20 000 Rubel und erhöhte dabei vom Staat mehr als 18 Millionen Rubel Vorschuss. Im Lipmanst-Kreis waren früher 27 000 Arbeiter beschäftigt; Ende Juni nur noch 4000. In Tschusovski-Sawod arbeiteten um dieselbe Zeit von fünf Hochöfen nur noch einer, und auch dieser helle kurz daran die Arbeit ein. In Peters-Biegler standen die Werke fast still. Dort kostete damals das Rubel Dachblech 30 Rubel, während der staatliche Hochpreis 18 Rubel betrug, sodass der Staat der Fabrik 12 Rubel für jedes Rubel zuzahlen musste. Im Newjansk-Kreis war die Rentabilität der Unternehmungen ebenso unerfreulich. Die Kupferschmelzen kosteten in kürzester Zeit dem Staat 5,5 Millionen Rubel Staatsunterstützungen. Bis zum 1. Mai hatte die Ural-Industrie insgesamt 105 Millionen Rösselsche verschwendet! Dabei betrug das gesamte Aktienkapital der Uralaktiengesellschaften — und damals waren fast alle Unternehmungen Aktiengesellschaften — 250 Millionen.

Die große russische Lokomotivfabrik von Samara, die früher etwa 30 schwere Lokomotiven herstellte, steht jetzt ungefähr ganz still. Aber die Arbeiter müssen bezahlt werden. Von Staat! Die Regierung hat schon allein für diese Fabrik 620 Millionen Mark Buschus geleistet. Typisch war auch der Fall der Petersburger Industrie. Hier muss man sogar vom Tragik reden. Es genügt nur die eine Mitteilung, daß schon vom 1. Januar 1917 bis zum 1. April 1918 die Zahl der Arbeiter in Petersburg von 277 900 auf 120 400 (um 57 Prozent) sank, wobei der hauptsächlichste Rückgang auf die ersten drei Monate dieses Jahres fällt. Seitdem ist es hier nicht besser, sondern noch schlimmer geworden.

Die Verschwendungen der Staatserlöse durch Subventionen von untenstehenden Betrieben spottet jeder Beobachter. Auf einem großen Werk der Metallbranche, dessen Produktion während des Krieges 150 000 Rubel betrug, werden jetzt monatlich 20–30 000 Rubel erzeugt! Erstdem forderten die Arbeiter, daß die Fabrik in Betrieb bleibe. — Für eine andere Fabrik der Metallbranche, die jetzt unter staatlicher Verwaltung steht, aber nur noch 2000 gegen früher 8000 Arbeiter beschäftigt, betrug der Vorratschlag für 3 Betriebsmonate, trotzdem alle Roh- und Hilfsmaterialien vorhanden waren, mit Ausnahme der Brennstoffe 1000 und darüber 25 Millionen

Rubel. Das Rubel bearbeiteten Materials lag entsprechend auf 150–200 Rubel, gegenüber früher 2–5 Rubel.

Nur in der Kooperativ-Industrie war ein scheinbar Aussichtsvolle zu verzweigen. Nach Nachrichten der Central-Zeitung die Zahl der Kooperativunternehmungen schon im Juli 1918 etwa 500. Dementsprechend war auch das Kapital der Unternehmungen gewachsen. Über auch hier galt das Gesetz von der Übergangszeit der Zahl, denn auch die Kooperativunternehmungen stiegen nur scheinbar. Von dem Berfall der russischen Industrie waren auch sie sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Wie ja auch die sie in der Hauptstadt tragende nationale "Vossbank" von dem finanziellen Niedergang mitgerissen wurde. Der Rückgang der Produktion war überall ausschlagend; z. B. standen den Mühlen von Saratow und Rybinsk seit November 1917 still, wobei in der Mühle von Rybinsk die Zahl der Arbeiter seit November vermehrt und die Löhne gestiegen waren.

Das russische Verkehrswesen, vor allem das Eisenbahnen, wurde von den bolschewistischen "Wirtschaftspolitikern" vollends heruntergewirtschaftet. Und wenn nicht das ganze Eisenbahnen zum Stillstand kam, so nur deshalb, weil die Eisenbahngemeinschaft sich syndikalisch gegen alle Einträge auch der Bolschewiki zur Wehr setzte und wie ein kleiner Staat im Staat sein Eigenleben führte.

Die verstaatlichten Eisenbahngesellschaften waren bisher getrennt von den bisherigen Staatsbahnen betrieben und jede für sich verwaltet worden. Durch die Verstaatlichung wurde die bisherige Verwaltung nach Eingliederung von Betreibern der staatlichen Finanz- und Eisenbahnverwaltung im Amt belassen, aber sofort in weitgehende Abhängigkeit von dem Angestellten- und Arbeiterausschuss des eigenen Unternehmens gebracht. Diese fanden ihre Hauptaufgabe in der stetigen Erhöhung der Lohnsätze und in der Einstellung von parteipolitisch erwünschten oder sich sonst ihrer Gunst erfreuenden Angestellten und Arbeiter. Im Oktober 1918 ergab die amtliche Zählung der „überzähligen Eisenbahnbewohner“ die runde Zahl von 400 000 mit einem Rückgabebetrag von 100 Millionen Rubel monatlich. Gerade im Transportwesen war auch das Verhältnis zwischen Lohn und Leistung erschreckend. Früher gaben z. B. die Bahnen pro Werk für den Unterhalt der Arbeiter und Angestellten ungefähr 5–7000 Rubel im Jahr aus; schon im Juli betrug der Aufwand 8–15 000 Rubel im Monat! Die Folge dieses Systems war natürlich eine rapide Steigerung des Defizits. Um das wachsende Defizit einzuschränken, mußten die Frachttarife von Februar 1918 ab mehrfach erhöht werden. Sie erreichten im Herbst 1918 das Maß der Friedenstarife. Trotzdem blieb überall ein riesiges Defizit. Die Eisenbahnen haben jetzt 11 Milliarden Betriebsunfälle gegen früher 1,5 Milliarden, und 2 Milliarden Einnahmen, gegen früher 0,5 Milliarden. So wird z. B. das Defizit bei der Moskau-Klassawbahn, dem ältesten und bestfundierten Privat-Eisenbahn-Unternehmen, für das Betriebsjahr 1918 auf 200 Millionen Rubel geschlagen!

Gleichzeitig kam das Bahnmateriel immer mehr zuviel, da die Regierung sich unfähig erwies, die rasch schwindenden Vorräte an Material zu erneuen und die Reparaturen durchzuführen. Die Werkstätten Petrovo bei Moskau, die früher 25 bis 30 Lokomotiven pro Monat bauten, bauten allmählich noch drei. Der Betrieb ruht jetzt ganz. Die Putlowwerke haben in 10 Monaten drei Lokomotiven gefertigt! Die Folge war, daß die Transportmittelfrage sehr bald in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion rückte. Die „franken“ Lokomotiven und Wagen verstopften immer mehr in Kilometerlangen Zügen die Straßen und ließen den Verkehr nur mehr in wenigen Zügen auf Hauptstraßen zu. Im Oktober 1918 befanden sich allein in und bei Moskau 26 000 Wagen, die nicht beladen werden konnten. Die Presse lädt um diese Zeit:

"600 Beamte stehen in der Behörde für Verpflegungsweinen. In Moskau wird Brot ohne Surrogat hergestellt, trotzdem ist es ungünstig. Dem Verderben ganzer Weihabladungen schauen die verantwortlichen Stellen mit Gefallenheit zu. Ausgehungerte Pferde fallen täglich auf den Straßen, und 500 mit Heu beladene Wagen müssen unangefasst die Ketten verlassen. Hunderte von Wagen mit Kartoffeln stehen bei Moskau und faulen. Was tun die 600 Beamten gegen die horrenden Zustände? In Petersburg sollen sogar schon 1500 Beamte bei dieser Behörde sitzen."

Die Scholzergelten wurden durch die Gesetzmäßigkeiten noch außerordentlich gesteigert. Als Folge der Selbständigkeitserklärung der Ukraine war die Kohlenzufuhr aus dem Donezgebiet vollkommen, durch die monatelange Sperrung der Wolga durch die Tschecho-Slowaken die Naphtazufuhr größtenteils unterbunden. Die anfangs noch erheblichen Inlandsvorräte schwanden rasch. Zu den ersten 8 Monaten 1918 wurden an

Kohlen, Stahl, Anhänger 7 Mill. Rubel (gegen 22,5 in 1917)

Stahlte 6,8 " " 12,2 in 1917

Torfs 2,7 " " 3,4 in 1917

In Moskau eingeschafft — insgesamt ein Gehalt von 20,4 Millionen Rubel, der Moskau im bevorstehenden Winter den fürchterlichsten Katastrophen entgegenführte. Selbst der höchstwahrscheinlich gesetzte Moskauer Korrespondent des Manchester Guardian, Mr. Price, gibt in einem Artikel der "Republik" vom 18. Dezember unumstritten zu, daß Moskau für den jetzigen Winter nicht die Hälfte des nötigen Heizmaterials besitzt.

Als Beispiel, wie kritisch die Heizmaterialfrage auf den Bahnen ist, sei folgendes ausgeführt: Eine große Eisenbahn, welche in den Moskauer Knotenpunkt einmündet, benötigt für den Betrieb zweier Kupolöfen in ihren Montagewerkstätten in Moskau und auf der Linie, in welcher der zärtige Granat hergestellt wird, etwa 60 000 Rubel Stahl oder 40 000 Rubel Naphta. Beides ist nicht aufzutreiben. Um nicht jetzt oder in der Zukunft den Betrieb der Kupolöfen einzustellen zu müssen, so müssen jetzt zur Verlohnung von etwa 2000 Kupolöfenholz befeindere Holzholzöfen in den ausgedehnten Waldungen der Bachmühle hergestellt werden. Die Kosten waren natürlich enorm. Doch spielt ja das Geld keine Rolle mehr! Russland schwimmt ja in einem Meer von Papiergegeld.

Das sind Bilder aus einem Staat, der nach sozialistisch-bolschewistischem Prinzip regiert wird. Auch bei uns sind die Bolschewisten an der Arbeit, Deutschland das gleiche Los zu bereiten. Die deutsche Arbeiterschaft muß die Augen offen halten.

Deutsche Arbeit

Der Sozialisierungsgedanke bewegt wohl alle Gewerke, sicherlich aber die der Arbeiterschaft, denn die Arbeiter sind es, die wesentlich von der Sozialisierung erwartet. Die "Deutsche Arbeit" hat es sich wiederum zur ersten Pflicht gemacht, dieser Frage größte Aufmerksamkeit zu schenken. Wie weiter besonders auf die Abhandlungen über das Gebiet der Sozialisierung in der Februar-Nummer der "Deutschen Arbeit" hin, die auch noch sonstige aktuelle Abhandlungen enthält.

Zur Sozialisierung der Wirtschaft — Sozialisierung des Bergbaues — Sozialisierung der Gewerbeschaften — Grundlagen der Reichsversammlung — Bürgerrecht.

Ausdrücklich verweisen wir auf die interessanten Artikel, die in der Rundschau verschiedene Gebiete behandeln.

Unsere Kollegen können wir die "Deutsche Arbeit", einmal ihr Jahresabonnementpreis sich auf nur 6 Mark stellt, empfehlen. Für unsere Vertrauensmänner ist die "Deutsche Arbeit" eine Fundgrube allgemeinen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Wissens.

Der christliche Schneiderverband

hat einen recht erfreulichen Aussicht zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hat den Stand vor Ausbruch des Krieges noch erheblich überschritten und nähert sich dem ersten Jahrtausend, welches, wenn die Entwicklung nur kurze Zeit so anhält, doch erreicht sein wird. Venerabilis regt das Organisationsbedürfnis unter den Arbeitern an des Besiedlungsgewerbes, für die der christliche Schneiderverband als Berufsgewerkschaft in Frage kommt und aus diesen Kreisen hat derselbe auch den größten Zugang von Mitgliedern zu verzeichnen. Der christliche Schneiderverband wendet alles auf, dem Organisationsbedürfnis der Arbeitervarianten entgegenzuwirken. Allein es könnte in der Richtung noch mehr geschehen, wenn die Bedeutung der Arbeitervarianten für die christliche Gewerkschaftsbewegung von jedem einzelnen voll erfasst würde. Welches der Fall, und nicht überall rechtzeitig eingegriffen worden ist, bleiben Tausende unorganisiert und lassen bei geistlichen Agitation anheim, die unserer Bewegung hätten gewonnen werden können. So konnte festgestellt werden, daß zahlreiche Angehörige (Frauen und Kinder) christlich organisierten Arbeiters der verschiedensten Berufe Mitglieder geistlicher Organisationen sind. Da darf wohl die Meinung ausgesprochen werden, daß diese in erster Linie beruhen würden, ihre Angehörige dem christlichen Berufsgewerbe zuzuordnen. Sind sie erst einmal Mitglieder der gegnerischen Organisationen, dann werden sie auch bald deren Geist in sich aufgenommen haben. Dies lehr, die Erfahrung nur zu häufig. Heute, wo Frauen weitgehende Rechte zugestanden sind, darf es keinem christlichen Gewerkschalter gleichgültig sein, wie seine Frau oder Tochter organisiert ist. Wir richten daher die erste Bitte an alle christlichen Gewerkschalter, führt eure Frauen und Kinder, soweit sie im Besiedlungsgewerbe tätig sind, dem christlichen Schneiderverband zu, wo ihre kirchlichen Interessen die ernste Betreuung finden. Weiter bitten wir die Ortsräte und die Funktionäre der christlichen Gemeinschaften den christlichen Schneiderverband in der Bewilligung der kirchlichen Berufsgewerkschaften des Besiedlungsgewerbes nach Kräften zu unterstützen.

Verband der Ziegler

Broischen dem Besiedlungsgewerbe christlicher Kettner- und Steinarbiter Deutschlands. Sitz Köln, und dem Gewerbeverein der Ziegler (Sitz Lage in Lippe) ist die Schaffung einer einheitlichen Berufsgewerkschaft der Ziegelerarbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung vereinbart worden, der nunmehr sämtliche geistlich organisierte Ziegler zugänglich sind. Die neue Zieglerorganisation führt den Titel "Gewerbeverein deutscher Ziegler". Sitz Lage in Lippe. Er steht in enger Verbindung mit dem Besiedlungsgewerbe christlicher Steinarbiter (Siegmar) bei Detmold erscheinende Fachzeitung "Gut Stand" bestimmt. Sie wird den neuen Besiedlungsgewerbe entsprechend ausgetragen. Das Eintrittsgeld wurde auf 1 M. festgesetzt. Die Beiträge sind, der Eigenart des Saisongewerbes bedingt, Monatsbeiträge und betragen, je nach Besiedlung 1 bis 5 M. Die Unterstützungen betragen, je nach Besiedlung 8 bis 24 M. die Woche. Bei Maßregelungen kann je nach Lage der Sache der volle Besiedlungsaufwand vergützt werden. Bei Krankheit und Arbeitslosigkeit ist die höchste Unterstützung 6 bis 18 M.; das Sickerbegeld beträgt 50 bis 100 M. Stirbt ein Ziegler in der Fremde, so leistet der Gewerbeverein einen Zusatz zu den Besiedlungsgewerbsosten von 40 bis 150 M. Der Gewerbeverein gewährt seinen Mitgliedern kostenlose Rechtsberatung und kostenfreie Stellenberatung und ist bereits an alles, jetzt überall stattfindenden Tarifverhandlungen beteiligt, um möglichst günstige Arbeitsverhältnisse für die Ziegelerarbeiter zu erzielen. Auch bezüglich der Lebensmittelversorgung für die Sommerziegelerinnen und der Kohlenversorgung sind Schritte bei den Besiedlungsbahnen eingeleitet. Nächste Auskunft erteilen alle Arbeitssekreterariate und Postbüros der christlichen Gewerkschaften und evangelischen und katholischen Arbeiters-, Arbeitervarianten- und Jugendvereine, sowie die Hauptgeschäftsstellen in Lage (Lippe) und Köln, Beuloeckwall 9.

Der deutsche Angestelltenverband

Es ist in den Reihen der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, sowie der dem Deutzbach-Metallarbeiter Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände noch viel zu wenig bekannt, daß für Angestellte aller Art der stämmige gewerkschaftliche "Deutsche Angestelltenverband" die gegebene Interessenvertretung ist. Der genannte Verband ist den christlichen Gewerkschaften und dem Deutzbach-Metallarbeiter Gewerkschaftsbund angeschlossen und vollberechtigtes und verhandlungsfähiges Mitglied der großen "Arbeitsgemeinschaft industrieller und gehobelter Arbeitgeber und Arbeitnehmer". Der D. A. B. ist das Gegengewicht gegenüber dem unabhängigen bolschewistischen Besiedlungsgewerbe der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, sowie gegenüber allen anderen auf bewußt sozialdemokratischer Grundlage stehenden Verbänden. Es ist infolge des starken Anschwells der linistisch-syndikalischen Verbände auch eine Förderung unserer demokratischen und nationalen Streitungen, wenn man den Deutschen Angestelltenverband, der seinen Sitz in Köln hat, nach besten Kräften unterstützt. Wir bitten deshalb alle Kollegen und Freunde, als Angestellten aus ihrem Bekanntenkreis auf den "Deutschen Angestelltenverband" aufmerksam zu machen.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. März 1919 der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. März fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Saarn. Am 1. März fand in Saarn eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Churfürstlichen Metallarbeiterverbandes, um auf Gründung einer Ortsgruppe Stellung zu nehmen. Sie wurde eröffnet vom Kollegen Görlitz, welcher die Erstnennung herzlich begrüßte und dann dem Kollegen Henckel das Wort erzielte. Kollege Henckel schloss in seinem Vortrage unsere heutige wirtschaftliche Lage, und wie dieselbe durch die ständigen Streiks nunmehr verschärft würde. Er betonte noch besonders, daß Deutschland sich nur durch angestrengte Arbeit vor seinem Untergange retten könne, und wie notwendig es wäre, daß die Organisationskraft sich auf der Hebung des neuen Deutschland beteilige. Gerade auf die Gewerkschaft kommt es im neuen Deutschland an. Es wurde dann zur Vorstandswahl geschritten und die Kollegen W. Schmitz und F. Görlitz als 1. und 2. Vorsitzenden gewählt. Als 1. und 2. Schriftführer wurden die Kollegen W. Werner und Math. Klemann gewählt und als Bevollmächtigter die Kollegen W. Narendahl und W. Benkmann. Dann gab Kollege Henckel noch eine Anregung an die Kollegen, sich in der freiwilligen Sicherheitsmehr oder Volkswehr einzunehmen zu lassen. Die monatlichen Versammlungen werden nach einem Beschlusse der Versammlung und des Vorstandes an jedem 1. Samstag im Monat gehalten. Es findet nun die nächste Versammlung am 5. April, 7½ Uhr, bei Narendahl statt. — Kollegen von Saarn, jetzt gilt es, die Versammlungen recht fröhlig zu besuchen und sich als tüchtige Gewerkschafter zu verfehlten, und dadurch den Willen zu zeigen, an der Hebung des neuen Deutschland mit zu helfen.

*

Münster I. Schw. Vor kurzem fand im „Engel“ unsere Generalversammlung statt. Kollege Neidinger eröffnete den Tätigkeitsbericht, der eine erste Gewissenssicherung über das Wirken der bisherigen Ortsgruppe darstellt. Am 24. März 1918 wurde die Reihe gegründet und erreichte 426 Mitglieder. Mit der Einstellung der Rüstungsindustrie beschäftigt sich ein großer Teil der Mitglieder in ihrer Heimat. Doch kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß noch ein treuer Strom verbleibt. Den Ressortbericht erstattete die Kassiererin, Kollegin Hirsch für die Kollekte sind bei 1445,12 M. Einnahmen 1169,24 M. Ausgaben zu verzeichnen, so daß ein Vorratsfond von 275,88 M. verbleibt. Die Einnahmen für die Hauptabreise betrugen 4152,61 M., die Ausgaben 885,25 M. Abgesehen noch Duisburg wurden 5267,38 M. auschließlich an die Berichte Institute Kollege Abtmeier-Willingen eingehende Berichtigungen an. Manche Kollegen, die in Neukirchen eingeschlossen waren, vertraten wurden, werden in ihrer Heimatgemeinde die Gedanken unserer Bestrebungen freudigen Bericht über die Mütterung aus, daß ein junger Rostocker Gewerkschafter als Agitator in seiner Heimatgemeinde mit Erfolg für unseren christlichen Metallarbeiterverband wirkt. So zogt sich der ausgestreute Same anderwärts viessäitige Frucht. Die Depression, die zur Zeit auf dem ganzen deutschen Volke liegt, darf uns nicht überdrücken. Unsere mehr als tausend Jahre alte Geschichte zeigt uns, daß nur feste, unentwegte Arbeit uns wieder aus der schwierigsten Situation herausgebracht hat. Kaum hoch muß unsere Karriere sein. In der Vorstandswahl wurde Kollege Schuhmacher als Vorsitzender und Kollege Schlincher als Sekretär gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege Meißner und als Bevollmächtigter Frau. Schneider und Kollegin Seiter bestimmt. Mit Dank für alle Mitarbeiter wurde die Versammlung geschlossen. Gemeinschaftliche Lieder und ein unermüdliches Quartett hielten die Versammelten noch lange in gemütlicher Stimmung zusammen.

*

Hulda. Bereits im Oktober letzten Jahres fand im Betrieb der kleinen Werkzeugmaschinenfabrik W. Hartmann und Co. unser christlicher Metallarbeiterverband ein, um für die Arbeiterschaft bessere Wohnbedingungen zu schaffen. Der Firma gelang es damals noch, unter der Arbeiterschaft ihren Einfluß geltend zu machen, um die angestrebten und der Organisation obständig zu machen. Das ist an sich nicht verwunderlich, denn es schaute noch vieles vom gewerkschaftlichen Geist, der unabdingte Grundlage für den Aufstieg der Arbeiterschaft sein muß. Inzwischen ist dies aber nachgeholt worden, und nunmehr gelang es auch, die Arbeiterschaft nachfolgende Löhne, die gegen früher eine bedeutende Verbesserung darstellen, durch Vereinbarung mit unserem Verband festzulegen: Gehaltssteigerungen im ersten Jahre 12½ Pf. im zweiten 20 Pf., im dritten 30 Pf. und im vierten Lehrtage 1 M. pro Stunde. Gelehrte Arbeiter von 17 bis 20 Jahren 1 M. bis 1,20 M., von 20 bis 25 Jahren 1,30 bis 1,50 M. und über 25 Jahren 1,50 bis 1,90 M. je Stunde. Angelehrte Arbeiter von 17 bis 20 Jahren 75 Pf. je Stunde. Nichtgelehrte, Heil- und Transportarbeiter von 17 bis 20 Jahren 70 Pf. von 20 bis 25 Jahren 85 Pf. und über 25 Jahren 1 M. bis 1,20 M. je Stunde.

Arbeitertinnen erhalten im Alter von 17 bis 20 Jahren 50 bis 60 Pf. und über 20 Jahren 60 bis 75 Pf. je Stunde. Überstandene werden mit mindestens 25 Prozent Aufschluß vergütet.

Die erhöhten Löhne treten ab 12. März 1919 in Kraft. Diesen Erfolg haben die Arbeiter lediglich beim christlichen Metallarbeiterverband zu verdanken. Er stellt den ersten Schritt dar, ihre Lage zu verbessern; an ihnen wird es liegen, auch weiterhin noch das zu erreichen, was sie nötig ist. Festhalten an der Organisation muß bestehen! Grundbedingung sein, Schulung und Ausbildung in dieser durch die Bemühung der hierfür getroffenen Einrichtungen, dann werden auch die noch abschließenden in anderen Betrieben überzeugt davon, wo ihre Kraft in Zukunft liegt.

Hulda muß bleiben eine Stadt, wo auch der christliche Metallarbeiterverband die Interessenvertretung der in Betrieb kommenden Arbeiterschaft nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft darstellt.

*

Oberhausen. In der Ulmer Donau-Mühle Nr. 51 vom 3. März tritt wieder einmal ein dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband sehr nahestehender Arbeiterführer als Vächter über den christlichen Metallarbeiterverband aus. Der unter dem Artikel „Eine Brüderlichkeit“ angelegte Boßel, wonach ein christl. organisierte Arbeiter vor dem Willehaber der Firma Fritz Leitz Schläge bekommen hat, wurde schon am 10. Februar auf dem Rathaus in Oberhausen, anlässlich einer anderen Auseinandersetzung, von dem Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes ins wahre Licht gerückt und auf das Säufle für verurteilt. Die Absichten des erwähnten Arbeiterführers sind wohl erkannt. Dem Betriebsleiter ist doch weniger um den Schutz des von dem Mitinhaber der Firma mit Süßigkeiten bedachten Kollegen zu tun. Die bekannte Gesetzmäßigkeit gegen alles, was sich nicht zu den reiblichen Naturen bekennt, war dem Schreiber dieses Artikels Leid. Es ist sicher dem Arbeiter aus sehr nobelgelegenen Gründen zu empfehlen, sich nicht um andere Organisationen zu kümmern, sondern nur vor der eigenen Türe zu sorgen. Wenn er das befolgt, ist keine Zeit mehr übrig, über endete den Bismarckstaat zu schreiben. Die Kollegen von Oberhausen sind Mannes genug, zu wissen, was sie zu tun haben. Sie lassen sich nicht von dem Arbeiterführer gebrauchten beliebigen Naturen bestimmen geben. Dafür soll der christliche Metallarbeiterverband in Oberhausen seinen Aussagen bewußt ist, beweist einwandfrei die Vergangenheit. Doch standen die Standeshöhe im Sommer und Herbst 1918 dank dem Vorgehen unseres Oberhohen Arbeiterfuhrers in Domäne Heidenheim. Allerdings steht die Oberhohen Arbeiterschaft in Domäne Heidenheim eindeutig im richtigen Rechte, sie arbeitet direkt praktisch. Weder von rechts noch von links lassen sich die Oberhohen Kollegen in der Freiheit zum

christlichen Metallarbeiterverband beitreten. Unentwegtes Festhalten an dem Verband ist die richtige Antwort all benjenigen gegenüber, die das Band der Einigkeit zu lösen versuchen.

*

Dingelsdorf (Eichsfeld). Nach zweitäliger Verhandlung unternommenen Vorsitzenden, Kollegen Hensch, mit der Firma Weitzer & Co. unter Hinziehung des Arbeiterausschusses kamen nachstehende Vereinbarungen zu stande:

Tageslohn der Hilfsarbeiter: Im Alter von 14 bis 16 Jahren ab 6. Februar 2,75 M., ab 6. März 3 M., von 16 bis 18 Jahren ab 6. Februar 3,75 M., ab 6. März 4 M., über 18 Jahren ab 6. Februar 5,75 M., ab 6. März 6 M.

Tageslohn der weiblichen Hilfsarbeiterinnen: Im Alter von 14 bis 16 Jahren ab 6. Februar 2,50 M., von 16 bis 18 Jahren ab 6. Februar 3,40 M., über 18 Jahren ab

6. Februar 3,60 M., ab 6. März 4 M.

Schlosser pro Stunde 85 Pf.

Arbeitszeit täglich acht Stunden.

Für Nachtschicht und Überstunden wird ein Aufschlag von 50 Prozent gewährt, für Sonntagsarbeit wird ein Aufschlag von 80 Prozent gewährt.

Die Allordnungen werden mit der Firma und Arbeiterausschuss erneut geprüft und festgesetzt.

Wahlgelegenheit und Gedenktag verspricht die Firma sofort zu befreien. Bei Versammlungen der Arbeiterschaft haben diese Abmachungen einstimmig gut geheißen. Sogar die anwesenden Mitglieder der den Aktionsoffizieren nahestehenden Metallarbeiter stimmten zu, als unser Kollege Hensch erklärte, mit solcher praktischer Landesgesetzlichkeit der Betriebsrat mehr geholfen als mit Wahlrechtteilin. Es ist und bleibt Tatsache, daß sich die Idee der Angemessenheit keine andere Organisation gefunden hat, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Mitglieder von anderen Verbänden sind vorhanden. Wir halten es für unsere Pflicht, hier festzustellen, daß z. B. der Volkswille vom 30. Januar 1919 behauptete, daß die Sozialisten alles aufzubauen, das Reformwerk zu vereilen. Wie können von einer solchen Gegenarbeit nichts spüren. Wohl aber ist es Tatsache, sieher Volkswille, daß Mitglieder der freien Gewerkschaft bei der Firma Weitzer & Co. aus höheren Wünschen wieder zehn Stunden arbeiten. Wer verhindert das Reformwerk? Nicht die Geistlichen, sondern die völlig verkehrt Arbeit im Volkswille.

Der Dingelsdorfer Arbeiter und Arbeiterinnen: Mit Zeitungsaussichten, Schimpfarei und Verdächtigung der Geistlichen, wie es die sozialdemokratischen Zeitungen hier tun, wird eine Lage nicht verbessert, sondern nur durch praktische Arbeit, wie sie der christliche Metallarbeiterverband betreibt. Deshalb rufen wir euch zu: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

*

Dortm. Wie überall im deutschen Lande, so ergibt sich auch in der Arbeiterschaft des idealen Bergstädchens Burg der Wunsch zu einem gemeinschaftlichen Zusammenkunft. Die dortige Arbeiterschaft war auch in der Erfahrung gekommen, daß nur durch den engen gewerkschaftlichen Zusammenfluß die Macht der Arbeiterschaft in vollem Maße wahrnommen und verteidigt werden könnten. Um nun allen Beteiligten breitem Gelegenheit zu geben, sich über alle einschlägigen Fragen Aufklärung zu verschaffen, war für den 4. Februar eine große öffentliche Versammlung abzusehen. Der gute Verlauf der Versammlung zeigte, daß es die Arbeiterschaft Burgs mit ihrem Vorhaben ernst meinte. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, Kollegen Matth. Bering, wurde dann dem Kollegen L. Bredow, Gewerkschaftsrat, das Wort erteilt. Der Referent, Kollege L. Bredow von der Ortsverwaltung Dönberg unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, zeigte den Anwesenden an der Hand unserer wirtschaftlichen Entwicklung, daß heute der Arbeiter ohne gewerkschaftliche Vertretung eine unmöglichkeit sei. Er versäumte aber auch nicht, nachzuweisen, daß, wenn die Arbeiter Burgs bisher schlechter gestellt gewesen seien wie andere Arbeiter, es ihre eigene Schuld sei. Seine überzeugenden Worte lagen dahin aus, daß alle Anwesenden, soweit sie noch nicht organisiert seien, heute abend den Entschluß fassen möchten, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten. Da seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren, bewies, daß tömische Anwesenden, soweit sie nicht organisiert waren, dem Verband beitreten. Ungefähr 80 Mitglieder erklärten ihren Beitritt und entrichteten zugleich ihr Einschreibegeld. Um darauf folgenden Sonntag wurde dann der engere Vorstand gewählt, der sich aus folgenden Kollegen zusammenfand: Wiegmann, Eichholz, Pölkes, Bantrup, Biele, Elzmann, Gleijemeier, Niemann, Nagel, Küntrup, Holtmeyer, Moltenamp, Wiegmann, Hartlage, Stopp, Klare, Mentrup und Elegmann.

Es wurden auch schon noch 10 bis 15 Aufnahmen gemacht. Kollege Matth. Bering sprach sobann seine Freude über den Schrift der Arbeiter Burgs aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neu gründete Zahnsticke, getragen von der eifigen Mitarbeit aller Kollegen, blühen und gedeihen möge, so daß sie stets in der Lage sei, allen Mitgliedern alles zu sein. Den Kollegen von Burg rufen wir jetzt zu, eifrig in die Verarbeit einzutreten und nicht eher zu ruhen, bis der leichten Arbeit zugeführt sei.

Sterbetafel



Aachen: Walther Westend, Göbbels Sophie, Schröder Anton. **Amberg:** Reichmann August, Proßer Martin, Schärl Johann, Lengner Friedrich, Grazi Johann, Braun Johann, Hietz Johann, Oberauer Josef.

Alme: Dürwald H., Brüntigem Adam.

Altötting: Riedermayer J.

Augsburg: Kaiser Josef.

Barmen: Gothen Paul, Lingert Gilbert.

Berlin: Selbts Paul.

Bielefeld: Eickhoff Heinrich, Braumann Hermann.

Bonn: Üdenhausen Wilhelm, Zevel Wilhelm.

Bremen: Henzler Heinrich.

Breslau: Stein Oskar.

Cöln: Schöbach Josef, Balder Ewald, Bosch Otto, Breuer Hermann, Bögel Heinrich, Müller Peter, Sielbel Josef, Höveler Konrad.

Danzig: Janusz.

Dortmund: Meyer Anton, Wied Heinrich, Schmid Heinrich, Kühne Georg, Gillmeister Jr., Eggers August, Bechler Peter.

Düsseldorf: Bruchhaus Peter, Hauff Karl, Wurbach Johann, Philipp Johann, Heinz Wilhelm, Reichenbach Jacob, Lehnen Josef, Schneider Hubert, Tiermeier Johann, Steins Josef, Steiner Karl, Schäfer Karl, Michel Emil, Weinert William, Ulrich Karl, Schäpe Otto, Wahnschön Franz, Frits Joachim, Höltje Heinrich, Vogel Johann, Reinhard Friedrich, Brauns Johann, Adams Franz, Stepper Karl, Brehm Bernhard, Hansen Gerhard, Helmrich Rudolf, Müller S., Günther Albert, Uhlmann Peter, Höhnen Peter, Gottschalk E., Engel Joseph.

Düsseldorff: Schlegel Franz, Körberhardt Franz, Metzger Hartwig, Jungs Wilhelm, Schlingensieck Johann, Höfnerberg Peter, Weissenberg Heinrich.

Erlangen: Gehle August.

Elzen: Hah Paul, Schubbe Lorenz, Fischer Johann, Thedissen Johann, Schreiber Anton, Schmidt Philipp, Linnemann Josef, Bötteler Josef, Knobloch Jakob, Müller Johann, Lengering Anton, Südel Philipp, Blum Wilhelm, Stelhardt Johann, Max Gerhard, Weihenhofer Theodor, Regnitter Wilhelm, Krull Karl, Büghoff Heinrich, Köppchen Wilhelm, Zimmer Anton, Thomsen Peter.

Elensburg: Weltzien Th., Hartmann Johann, Jessen Peter.

Frankenthal: Wiel Christian.

Frelburg: Weiß Georg.

Gelsenkirchen: Heels Heinrich, Meier Michael, Streitner Edmund, Steinrohr Hugo.

Sie ruhen in Frieden.

Versammlungs-Kalender

Samstag, den 29. März 1919:

Witten-Bonna: 5 Uhr Vertrauensmänner bei Senft Eisen (Augenstrasse). 7 Uhr im Gesellenhaus, Eisen-Bonn-Friedhof, Frohnhauser Straße 223.

Üddinghausen: 5 Uhr bei Richter.

Hannover-Linden: Im Vereinshaus, Ronduitstraße 14.

Sonntag, den 30. März 1919:

Dulzburg-Untermeiderich: Morgens 10.30 Uhr wichtige Trauernemännerversammlung bei Lacum, Götzenstraße.

Oberhausen-Weststadt: 11 Uhr im Bürgerhaus, Uhlenhoven, Kaiserstraße.

Witten-Bonna: 5 Uhr Mitgliedervers. bei Senft.

Witten-Bonna: 11 Uhr bei Hoefels, Breitestraße.

Eisen (Augenstrasse): 5 Uhr im Altonaerhaus, Frohnhauser Straße 19; Vortrag des Kollegen Wehr-Dulzburg über

gesellschaftliche Strafvertragung an Hand von Beispielen.

Gochemmerich: 11 Uhr im Katholischen Vereinshaus.

Mörs: 5 Uhr bei Kroppen.

Hamborn-Alsum: 6 Uhr bei Hemmersbach, Ecke Maternas.

Sonneckenstraße:

Oberhausen-Weststadt: 11 Uhr im Bürgerhaus, Kaiserstraße.

Witten-Bonna: 11 Uhr im Kaiserhaus, Ronduitstraße 14.

Donnerstag, den 8. April 1919:

Eisen (Augenstrasse): 5 Uhr bei Wiedersperger.

Witten-Bonna: 11 Uhr bei Wiedersperger.

Sonntag, den 6. April 1919:

Velbert-Langenberg: 7 Uhr bei von Hof.

Mülheim-Simplon: 6 Uhr bei Lamprecht, Mellinghauser Straße.

Mülheim-Saarn: 7.30 Uhr bei Rosenbach.

Sonntag, den 13. April 1919:

</